

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung

64. Sitzung
22. Juni 2015

Beginn: 10.06 Uhr
Schluss: 12.58 Uhr
Vorsitz: Peter Trapp (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Einsatzlage 1. Mai 2015
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0222](#)
InnSichO

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Sicherheit im öffentlichen Raum – Möglichkeiten
und Konzepte**
(auf Antrag der Piratenfraktion)

[0094](#)
InnSichO

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Kriminalprävention mit dem Schwerpunkt
kriminalpräventives Bauen**
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der
CDU)

[0213](#)
InnSichO

Vorsitzender Peter Trapp: Der Antrag auf Besprechung zum Thema „Sicherheit im öffentlichen Raum –Möglichkeiten und Konzepte“ wird durch Sie, Herr Lauer, begründet. Bitte sehr!

Christopher Lauer (PIRATEN): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schön, dass das jetzt funktioniert! Es ist auch schön, dass die Koalition ebenfalls einen Besprechungspunkt angemeldet hat, der anscheinend genau dasselbe will wie der der Piratenfraktion. Und es ist besonders schön, dass wir die Möglichkeit haben, vor den Haushaltsberatungen darüber zu sprechen. Denn ich halte die gleich von Frau Hermannsdörfer vorgestellte Frage, wie man den öffentlichen Raum in Berlin so gestalten kann, dass es erst gar nicht zu Kriminalität kommt, für sehr wichtig. Wir haben jetzt gerade in dieser sehr interessanten, fast anderthalbstündigen Besprechung zum 1. Mai mehrfach darüber gesprochen, wie wichtig dieses Myfest ist, um die Gewalt am 1. Mai zu verhindern. So ein Fest ändert die Gewohnheiten der Leute vor Ort und führt dazu, dass wir mehr Sicherheit haben.

Wenn wir uns – und darauf werden wir in der Diskussion hoffentlich gleich kommen – aber Berlin und seine Plätze anschauen, dann werden wir feststellen, dass es dort einige gibt, die geradezu dazu einladen, sich kriminell zu verhalten, und sogenannte Tatgelegenheiten bieten. Es ist interessant – wenn es z. B. um den Alexanderplatz und den ganzen Raum dort geht –, dass es immer wieder einmal in einem halben Jahr die Forderung gibt, dass wir direkt neben dem Alexanderplatz eine Polizeiwache brauchen. Dann kann man sich angucken: Wo ist die nächste Polizeiwache? – Direkt neben dem Alexanderplatz, der Abschnitt 32! Die erzählen einem dann, dass der ganze Bereich um den Neptunbrunnen eine einzige Tatgelegenheit ist, weil er ein einziges Gebüsch ist und man sich damit hilft, dass man dort Absperrgitter aufstellt. Jetzt kann man sich natürlich ausrechnen – das wurde auch beim Besprechungspunkt zum 1. Mai getan –, was so ein Polizeieinsatz kostet. Und was würde es das Land Berlin kosten, mal ein paar Hecken zu schneiden und sich zu überlegen, Räume anders auszuleuchten und den öffentlichen Raum umzugestalten?

Ich glaube, im Hinblick auf die Haushaltsberatungen, die jetzt kommen und auch über die Legislaturperiode hinausgehen – was ganz toll ist, weil dann alle die Spenderhosen anziehen und erst mal Geschenke verteilen, damit man im Wahlkampf sagen kann, was man alles Tolles für die Stadt getan hat – – Aber vielleicht fällt da auch mal etwas wirklich Positives ab, nämlich z. B., dass wir die Städtebauliche Kriminalprävention unterstützen, weil sie in meinen Augen unterbesetzt ist und wir hier ein extremes Einsparpotenzial hätten, wenn dieser Einheit der Berliner Polizei die Möglichkeit gegeben würde, sich um mehr Plätze in Berlin zu kümmern und sie so umzugestalten, dass dort insgesamt weniger Kriminalität passiert. – Über den ÖPNV und den ganzen U-Bahnbereich habe ich jetzt noch gar nicht gesprochen. Aber da gibt es natürlich auch Möglichkeiten, so umzugestalten, dass dort weniger Kriminalität passiert. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peter Trapp: Vielen Dank, Herr Lauer! – Den Antrag auf Besprechung zum Thema „Kriminalprävention mit dem Schwerpunkt kriminalpräventives Bauen“ begründet Herr Dr. Juhnke. – Bitte, Herr Dr. Juhnke!

Dr. Robbin Juhnke (CDU): Ich freue mich, dass wir offensichtlich hier das gleiche Feld ansprechen, auch wenn der Besprechungspunkt der Piraten etwas pauschaler formuliert war. Wir haben es ein bisschen deutlicher formuliert. Kriminalpräventives Bauen ist das Thema, das uns interessiert – gerade in der Stadt sicherlich ein wichtiges Feld und Grund genug, es auch hier im Ausschuss näher kennenzulernen. Da heißt es dann: zielgerichtete Gestaltung von Gebäuden, öffentlichen und halböffentlichen Räumen. Was heißt das konkret? Das wäre mein Interesse. Wie kann die Polizei dabei unterstützen? Wie kann man das subjektive Sicherheitsgefühl verstärken? Wer sind überhaupt die Akteure, die da eine Rolle spielen? Welche Möglichkeiten haben Sie als Polizei über die reine Beratung hinaus? Welche Vorschriften gibt es da? Wir sind ein Gremium, das auch Vorschriften ändern kann. Daher ist vielleicht auch die Frage: Bei welchen Vorschriften wäre es in diesem Zusammenhang aus Ihrer Sicht wünschenswert, dass man sie mal in dem einen oder anderen Punkt überarbeitet? Es gibt da Beispiele aus anderen Ländern mit der Verpflichtung auf einbruchhemmende Vorrichtungen oder Mindestbeleuchtung oder was auch immer. – Wir haben in Berlin eine Spezialistin für diese Frage. Das ist sehr innovativ und vorbildlich, und deswegen freue ich mich auf die Erläuterungen und auf das, was wir daraus dann hoffentlich lernen können.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Dr. Juhnke! – Für die Senatsverwaltung hat der Herr Senator das Wort zur Stellungnahme.

Bürgermeister Frank Henkel (SenInnSport): Mit Blick auf die fortgeschrittene Zeit will ich mich auf wenige Punkte konzentrieren. – Ich freue mich auch, dass wir uns heute die Zeit nehmen, uns mit der städtebaulichen Kriminalprävention in Berlin zu befassen. Die Tagesordnungspunkte sind ja schon etwas länger angemeldet. Ich freue mich, dass uns heute unsere Architektin in der Zentralstelle für Prävention beim LKA, Frau Hermannsdörfer, zur Verfügung steht, um uns ihre Arbeit vorzustellen. Sie wird gleich im Anschluss einen grundlegenden Einblick in die Welt der städtebaulichen Kriminalprävention geben. Sie wird uns einige abgeschlossene Projekte vorstellen, aber auch Projekte, die aktuell sind.

Ich glaube auch, Herr Kollege Lauer, dass das, was die Stadt im Bereich der Kriminalprävention ausgibt, und das, was wir hier in Berlin investieren, gut angelegtes Geld ist. Die städtebauliche Kriminalprävention ist im Grunde noch eine junge Wissenschaft: 2011 hat das Land Berlin entschieden, mit Frau Hermannsdörfer eine Architektin in der zentralen Prävention beim LKA dauerhaft zu beschäftigen. Das hat sich aus unserer Sicht schon bezahlt gemacht. Sie ist seither beratend und begleitend an zahlreichen Bau- und Planungsvorhaben beteiligt. – Sie haben Stellungnahmen abgegeben, Frau Hermannsdörfer, zu Änderungen von Bebauungs- und Flächennutzungsplänen. Sie haben an unzähligen Runden Tischen teilgenommen, u. a. auch in der Causa Görlitzer Park mitgewirkt und somit dazu beigetragen, dass im Grunde mit Blick auf ganz Berlin an vielen Orten Angsträume beseitigt und Tatgelegenheitsstrukturen minimiert werden konnten. – Es lässt sich leider gar nicht trennscharf ermitteln, wie viele Straftaten dadurch verhindert werden konnten und wie vielen Menschen dadurch eine Opfererfahrung erspart geblieben ist. Ich finde es trotzdem sehr schön, dass sich der Ausschuss damit beschäftigt, weil es auch ein Stück weit etwas mit Wertschätzung dessen zu tun hat, was Sie leisten.

In der täglichen Arbeit der Polizei nimmt die Kriminalprävention einen hohen Stellenwert ein. Wir sind der Auffassung, dass das der beste Weg zur Kriminalitätsbekämpfung ist und das auch bei der Frage der Ursachen von Kriminalität, die dadurch eliminiert werden, bevor es überhaupt zu Straftaten kommt. – In diesem Sinne freue ich mich herzlich auf Ihren Vortrag. Ich freue mich, dass das heute im Ausschuss geklappt hat, nachdem wir es mehrfach verschoben haben. – Ich würde dann das Wort wieder übergeben, Herr Vorsitzender!

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Senator! Sie haben eine Powerpoint-Präsentation vorbereitet, und ich glaube, wir sollten uns diese Powerpoint-Präsentation durch die Fachkraft Frau Hermannsdörfer zeigen lassen.

Ingrid Hermannsdörfer (LKA – Städtebauliche Kriminalprävention): Vielen Dank für die Gelegenheit, Ihnen mein Arbeitsgebiet vorzustellen! Es ist in der Tat ein sehr wichtiges und hat in den letzten vier Jahren auch in der Öffentlichkeit immer mehr Raum eingenommen. – Zur Einstimmung führe ich Sie kommentarlos mit Bildcollagen, die ich in der gesamten Stadt zusammengetragen habe, in die Berliner Realität. Es gibt keinen Bezirk, der davon ausgenommen wäre. Ich muss diese Bilder nicht kommentieren, denn sie sprechen für sich.







Fahrradchaos

Der Polizeipräsident in Berlin | Zentralstelle für Prävention | Städtebauliche Kriminalprävention | Dipl. Ing. Ingrid Hermannsdörfer



Vandalismus

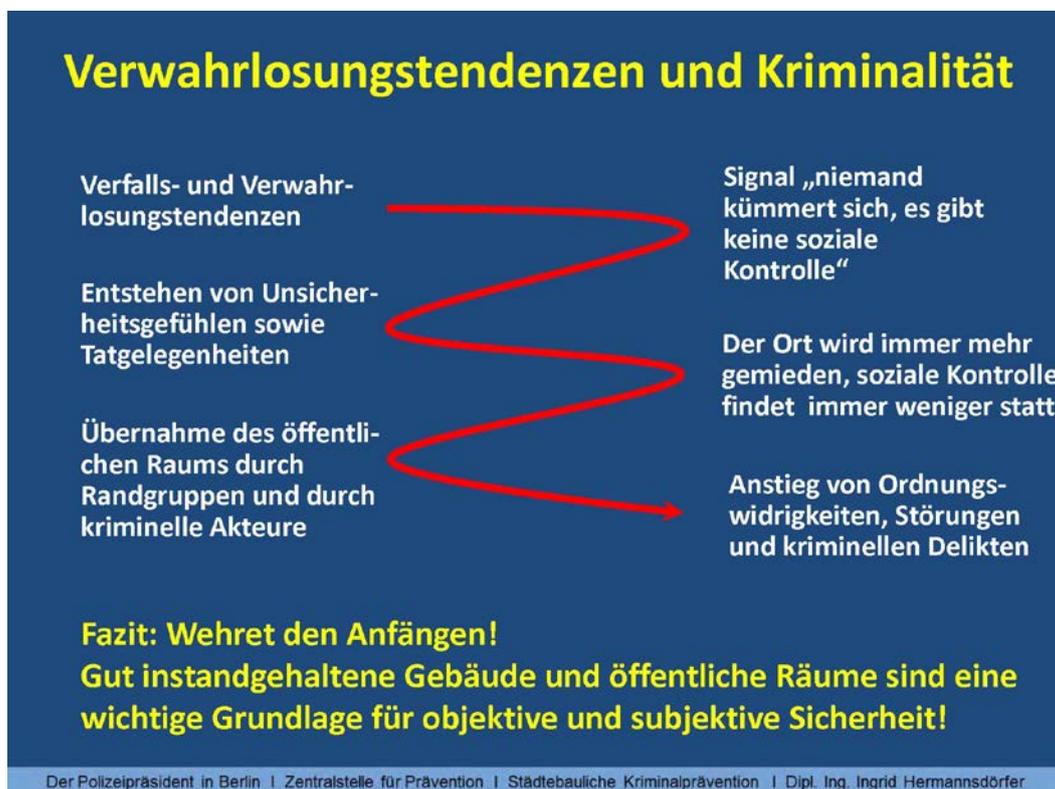
Der Polizeipräsident in Berlin | Zentralstelle für Prävention | Städtebauliche Kriminalprävention | Dipl. Ing. Ingrid Hermannsdörfer



Da sind wir schon bei den theoretischen Grundlagen. Eine der theoretischen Grundlagen der städtebaulichen Kriminalprävention ist die 1982 in den USA veröffentlichte, auf Studien aus den 70er Jahren beruhende Broken-Windows-Theorie. Ich werde auf diese Theorie nicht näher eingehen, aber die wesentliche Aussage und Erfahrung, die sich daraus ableitet, ist, dass sichtbare Verletzungen von Regeln und von Normen weitere Normverletzungen nach sich ziehen, und zwar auf unterschiedlichen Ebenen. Nun war und ist diese Theorie nicht unbedingt unumstritten. Ich stelle mal den Zusammenhang ganz kurz dar und werde dann auf neuere Studien zu diesem Thema eingehen.

Die Verwahrlosungs- und Verfallstendenzen, die Sie in den Bildern, die ich gerade gezeigt habe, gesehen haben, senden ein Signal aus – und zwar das Signal fehlender sozialer Kontrolle, das Signal: Es kümmert sich niemand, ich kann mich verhalten, wie ich will, kann gegen Regeln verstoßen, ohne dass das Konsequenzen hat. Dadurch fühlen sich sehr viele Menschen zunehmend verunsichert. Dazu gibt es Studien. Auf der anderen Seite entstehen natürlich – das werden wir gleich auch noch sehen – durch beispielsweise Unübersichtlichkeit Tatgelegenheiten. Diejenigen, die sich verunsichert fühlen, meiden den Ort: Wenn man Angst hat oder sich unwohl fühlt, meidet man den Ort, an dem es einem so geht. Dadurch wird soziale Kontrolle an bestimmten Orten immer weiter reduziert, und es kommt in der Folge durch eine Übernahme dieser öffentlichen Räume durch Randgruppen und kriminelle Akteure zu einem Anstieg von Ordnungswidrigkeiten, Störungen und kriminellen Delikten.

Was wir daraus lernen, ist: Wehret den Anfängen! Deshalb habe ich diese Bilder an den Anfang gestellt. Wenn man es positiv formuliert, heißt das, dass eine gute Instandhaltung von Gebäuden, öffentlichen und halböffentlichen Gebäuden auch eine wichtige Grundlage für objektive und subjektive Sicherheit ist.



Wir unterscheiden hier zwischen objektiver und subjektiver Sicherheit, weil das nicht deckungsgleich ist: Das eine ist die Sicherheitslage; das andere ist das Sicherheitsgefühl. Wie Sie wissen, ist das Sicherheitsgefühl individuell sehr unterschiedlich und auch abhängig von Alter, Geschlecht und Erfahrungen, und natürlich wird es beeinflusst durch die Medienberichterstattung.

Ich habe hier eine Studie von 2008, durchgeführt von der Universität Groningen, die im Wesentlichen die Ergebnisse der Broken-Windows-Theorie belegt. In dieser Studie wurden sehr einfache Versuchsanordnungen vorgenommen, und zwar gab es immer dieselbe Situation, einmal in einem sozusagen ordentlichen Setting und einmal in einem unordentlichen. Dann wurde das Verhalten von Passanten in Bezug auf Regelverletzungen beobachtet.

Neuere Studien* belegen die Broken Windows Theorie

* Kees Keizer, Siegwart Lindenberg, Linda Steg: The Spreading of Disorder; Universität Groningen 2008

Der Polizeipräsident in Berlin | Zentralstelle für Prävention | Städtebauliche Kriminalprävention | Dipl. Ing. Ingrid Hermannsdörfer

Auf der linken Seite wird es deutlich: Sie sehen dieselbe Hauswand mit einem Graffiti-Verbotsschild. Einmal ist die Wand sauber, einmal ist sie mit Graffiti besprüht. Dann hat man an diese Fahrräder, die da geparkt sind, den Flyer eines imaginären Geschäfts angebunden, und zwar so, dass diese Flyer beim Wegfahren störten. Dann hat man beobachtet, wie viele Personen in welchem Setting diese Flyer an Ort und Stelle wegwerfen und wie viele sie mitnehmen, weil man dann hofft, dass sie die dann auch ordentlich entsorgen. – Im ordentlichen Fall hat jeder Dritte die Flyer geworfen, im unordentlichen Setting waren es mehr als zwei Drittel. Man kann vorwegnehmen, dass das Ergebnis in allen Versuchsanordnungen – es waren noch mehr als die drei, die ich hier zeige – zwar mit wechselnden Zahlenverhältnissen, aber trotzdem so ausgefallen ist, dass man den Schluss ziehen kann, dass eine gewisse Unordnung oder sichtbare Regelverletzungen das Verhalten beeinflussen.

Rechts oben sehen Sie das Beispiel eines Parkplatzes. Da hat man den Zaun ein Stück weit geöffnet, und es hängen da zwei Schilder, einmal „Durchgang verboten“ und einmal „Fahrräder festmachen verboten“. Die beiden Versuchsanordnungen waren einmal so, wie man sie hier sieht, und einmal waren Fahrräder an den Zaun gebunden. Hier sind die Zahlen noch deutlicher: Das Verbot, sich da sozusagen durchzuquetschen, haben im ordentlichen Fall 27 Prozent missachtet; im unordentlichen Fall schon 82 Prozent.

Kriminell wurde es dann im Beispiel rechts unten – da ging es um einen Briefkasten der Post an einer Hauswand. Ordentliches Setting: alles in Ordnung; unordentliches Setting: Müll und Briefkasten beschmiert. Dann hat man einen Briefumschlag – so, wie man das hier sieht – mit einem Sichtfenster, in dem man einen 5-Euro-Schein erkennen konnte, so in den Briefkasten gesteckt, dass er mehr draußen als drinnen hing. Und dann hat man beobachtet, wie viele von den Passanten, die allein vorbeigegangen sind und sich unbeobachtet gewöhnt haben, diesen Briefumschlag gestohlen haben. Zu meiner persönlichen Verblüffung waren es auch im ordentlichen Setting schon 17 Prozent, und im unordentlichen Setting waren es 26 Prozent – mehr als jeder Vierte hat hier also die Gelegenheit ergriffen und gestohlen. – Ich gehe mal davon aus, dass dieser Geldschein kopiert war, und hoffe, dass da auch ein Schreiben in dem Umschlag war, in dem stand: Sie haben soeben an einer Studie über Ihr Sozialverhalten teilgenommen und kläglich versagt. – Aber darüber habe ich keine Erkenntnisse.

Das heißt: Wir können davon ausgehen, dass solche Signale unbewusst aufgenommen werden. Wir wissen aber auch, dass potenzielle Täter solche Anzeichen mangelnder Kontrolle durchaus auch bewusst in ihre Risikoüberlegungen einbeziehen.

Mehr objektive und subjektive Sicherheit durch:

- Reduzierung von Tatgelegenheiten
- Erhöhung von Tataufwand und Entdeckungsrisiko für potentielle Täter
- Stärkung der informellen sozialen Kontrolle
- Eindämmung von Ordnungsstörungen
- Vermeidung von Nutzungskonflikten
- Verbesserung des Sicherheitsgefühls

Der Polizeipräsident in Berlin | Zentralstelle für Prävention | Städtebauliche Kriminalprävention | Dipl. Ing. Ingrid Hermannsdörfer

Damit sind wir bei der eigentlichen städtebaulichen Kriminalprävention. Kurz zu Definition und Zielen: Vereinfacht gesagt, reden wir hier von Kriminalitätsvorbeugung durch zielgerichtet präventive Gestaltung von Gebäuden, öffentlichen und halböffentlichen Räumen. Wir beraten auch bei der Gebäudeplanung, aber unser Schwerpunkt hier in Berlin liegt eindeutig bei Maßnahmen im öffentlichen Raum. Wir wissen, dass die räumliche Struktur die Kriminalitätsstruktur beeinflusst, indem sie Tatgelegenheiten schafft oder verhindert. Das oberste Ziel der städtebaulichen Kriminalprävention ist, sowohl die Sicherheitslage zu verbessern, als auch positiv auf das Sicherheitsgefühl einzuwirken, da das die Eigenschaft ist, die darüber entscheidet, ob Orte von möglichst vielen Menschen und von möglichst vielen unterschiedlichen Benutzergruppen benutzt und angenommen werden. Es geht also um eine Reduzierung von Tatgelegenheiten.

Dann wollen wir den Tataufwand und das Entdeckungsrisiko für potenzielle Täter erhöhen. Wir wollen insgesamt alles fördern, was die informelle, soziale Kontrolle unterstützt. Wir wollen aus den genannten Gründen dazu beitragen, Ordnungsstörungen einzudämmen, und wir versuchen, in Planungen bereits dahin gehend zu beraten, dass möglichst absehbare Nutzungskonflikte zwischen unterschiedlichen Gruppen vermieden werden. Insgesamt ist also ein wichtiger Punkt die Stärkung des Sicherheitsgefühls. – Das ist die romantische Zielvorstellung, die wir haben. Die Idee ist, sichere und attraktive öffentliche Räume und ein möglichst konfliktfreies Miteinander aller Nutzergruppen zu haben.

Wenn wir von allen Nutzergruppen sprechen, bedeutet das natürlich auch, dass alle Nutzergruppen im öffentlichen Raum berücksichtigt werden müssen. – Da kann ich einschieben, dass bei der Gestaltung der Stadtmöblierung häufig zu wenig an Senioren gedacht wird; und bei der Funktionszuweisung von Räumen wird häufig sehr wenig an Jugendliche und ihre Bedürfnisse gedacht. Unsere Stadt, unsere Plätze, unsere Grünanlagen attraktiv für möglichst viele unterschiedliche Gruppen zu machen, hat natürlich auch den Hintergrund, dass sie belebt sind, wenn sie attraktiv sind, dass soziale Kontrolle stattfinden kann und dass sie vielleicht auch zu unterschiedlichen Tageszeiten belebt sind.



Ganz kurz zusammengefasst mal eine Übersicht, wie ich Sicherheit im öffentlichen Raum im Rahmen der städtebaulichen Kriminalprävention sehe. Da haben wir zunächst alles, was mit Sehen im weitesten Sinn zu tun hat: eine gewisse Übersichtlichkeit und gute Orientierung. Wenn Sie orientierungslos vor einer Baustelle stehen und nicht erkennen können, wie Sie sich zielgerichtet weiter in die Richtung bewegen können, in die Sie wollen – auch weil Sie sich unsicher bewegen; das hat dasselbe Ergebnis –, ist die Wahrscheinlichkeit, dass Sie Opfer z. B. eines Taschendiebstahls werden, deutlich größer.

Gute Beleuchtung ist natürlich ein wichtiges Thema. Dann kommt der Bereich, der im Wesentlichen mit Aufenthaltsqualität zu tun hat, mit einer gewissen Attraktivität. Was wir unter „Definiertheit“ verstehen, erkläre ich gleich noch. Aber Gepflegtheit und eine angemessene Gestaltung, die auf unterschiedliche Nutzungsbedürfnisse eingeht, sind wichtig.

Dann haben wir Sonderaspekte: Barrierefreiheit, Behindertengerechtigkeit und die sogenannten Gender-Aspekte. Diese berücksichtigen, dass Frauen und Männer unterschiedliche Sicherheitsanforderungen haben, ein unterschiedlich stark ausgeprägtes Sicherheitsgefühl usw. Sie kennen das z. B. von den Frauenparkplätzen – auch das ist eines dieser Themen.

Behindertengerechtigkeit ist natürlich auch wichtig: Wenn Sie sich an das Foto von dem schön aufgewölbten Pflaster erinnern – und wir haben viele solcher Stellen, wo die Gehwege mit Löchern und Unebenheiten übersät sind – und sich vorstellen, dass Sie mit dem Rollator unterwegs sind, dann müssen Sie Ihre ganze Aufmerksamkeit auf den Boden richten, damit Sie da sicher hinüberkommen. Und weil die Aufmerksamkeit für das Umfeld fehlt, entgeht Ihnen, dass sich Ihnen gerade jemand nähert und Ihnen die Handtasche entreißen will.

Dann kommt dieser vierte Bereich. Nutzungsvielfalt habe ich schon angesprochen. Wichtig – in dieser Liste hier nicht explizit aufgeführt – ist die Beteiligung der Bevölkerung an der Planung, an der Gestaltung des städtischen Umfelds, weil man nur auf diese Weise – wenn man seine Bedürfnisse und seine Ideen berücksichtigt findet – auch bereit ist, sich zu identifizieren. Wenn man sagt: Das ist mein Park, das ist mein Platz –, ist man auch eher bereit, Verantwortung zu übernehmen, sich eventuell ehrenamtlich zu engagieren – wir kommen teilweise an vielen Stellen nicht mehr ohne dieses ehrenamtliche Engagement aus – und soziale Kontrolle auszuüben, also auch mal jemandem auf die Schulter zu tippen und zu sagen: Dieses Sperrmüllsofa, das du hier gerade im Park abstellen willst, das lädst du schön wieder ein und bringt es zur BSR! – Das funktioniert auch, das funktioniert an vielen Stellen. Das bedeutet natürlich eine gewisse Nachbarschaftlichkeit. Aber Berlin ist eine Stadt der Kieze, der Quartiere, da kann so etwas sehr gut funktionieren.



Hier – [auf den Fotos auf Seite 13; die Red.] – die Positivbeispiele zum Thema Übersichtlichkeit – sie haben alle etwas gemeinsam. Sie sehen: Es gibt gute Beleuchtung; es gibt Sichtachsen; es gibt eine helle Farbgebung. – Tunnel sind per se unangenehme Orte, vor allem, wenn sie relativ lang sind. Aber ich denke z. B. an den Übergang zwischen den Bahnhöfen in Stadtmitte – der ist hell gestaltet; der ist gut beleuchtet; der hat in der Mitte eine Notrufsäule. Dann ist das in Ordnung. – Sie sehen hier Hauseingänge. Das ist ein wichtiges Thema: Hauseingänge sind oft nicht transparent genug. Hier bei dem kann man von innen nach außen und von außen nach innen erkennen, was auf einen zukommt. Da stehen keine Sträucher daneben, da sind auch keine seitlichen Wände, hinter denen jemand stehen könnte, den man nicht sieht.

Unten noch einmal das Thema Sichtachsen, diesmal eine oberirdische Passage: Rechts sehen Sie einen Hauseingangsbereich – das ist ein Beispiel aus dem Märkischen Viertel, wo wir kontinuierlich bei der Sanierung beraten haben. Gerade in diesen Großwohnblöcken sind die Eingangsbereiche oft sehr unübersichtlich, extrem verwinkelt, und Sie haben keine Blickbeziehung zwischen Eingang und Fahrstuhl beispielsweise. Da arbeiten wir mit Spiegeln. Wenn ich sage, wir arbeiten mit Spiegeln, heißt das: Die Polizei spricht eine Empfehlung aus, hier Spiegel einzusetzen. Wie das gestalterisch umgesetzt wird, ist Sache der Planer, die daran tätig sind.

Links ein Beispiel aus dem Grünbereich: Sie sehen, die Sträucher, die da an der Seite stehen, sind zwar durchaus hoch. Aber sie wuchern nicht bis an den Wegrand. Da ist ein Grünstreifen dazwischen. Das heißt: Wenn da jemand stehen würde, der mir auflauert, muss er sich davor bewegen, und dann habe ich immer noch die Möglichkeit, zu reagieren.



„Definiertheit“ bedeutet z. B. eine erkennbare Funktion. Wir haben viele Flächen, brachliegende Grundstücke usw., wo die Funktion nicht erkennbar ist. Solche Grundstücke werden sehr schnell Nutzungen zugeführt, die unerwünscht sind: Sie werden zur Hundetoilette; sie werden zur Müllhalde; sie werden von der Drogenszene genutzt; sie werden von der Alkoholikerszene genutzt – das massiert sich dann auf solchen Flächen. Dem kann man durch entsprechend funktionelle, sichtbare Zuweisung entgegenwirken. Eigentums- oder Besitzzuweisung kann auch ein Thema sein.

Wichtig ist das Thema Zonierung, das auf den unteren beiden Bildern – [auf Seite 14; die Red.] – dargestellt ist. Zonierung bedeutet: Wir unterscheiden zwischen privaten, halböffentlichen und öffentlichen Räumen. Das ist leicht verständlich, denn das bedeutet unterschiedliche Zuständigkeiten. Sie fühlen sich für Ihre Wohnung in einem anderen Maß zuständig als für das Treppenhaus im Mehrfamilienhaus und noch mal anders für den Gehweg vor Ihrem Haus. Diese Barrieren müssen nicht massiv sein, sie können auch symbolisch sein. Wenn Sie sich das Bild rechts unten – [auf Seite 14; die Red.] – anschauen, dann sehen Sie, dass da Heckenquader stehen, und dazwischen gibt es Lücken. Ich kann mich da im Prinzip hindurchquetschen. Weiter hinten steht eine halbhohe Mauer, auch da kann ich drübersteigen. Ich muss aber gewärtig sein, dass das keine ganz öffentliche Fläche mehr ist, sondern dass sie dieser Wohnsiedlung zugeordnet ist und dass ich deshalb auch unter anderer Beobachtung stehe, wenn ich mich da bewege. Das beeinflusst das Verhalten und schränkt Risiken teilweise ein.

Ordnung und Sauberkeit

Signal: Es gibt Kontrolle, es ist nicht egal, wie man sich verhält

Aufenthaltsqualität	Regeln	positive Signale
		
Gute Ordnungssysteme		

Der Polizeipräsident in Berlin | Zentralstelle für Prävention | Städtebauliche Kriminalprävention | Dipl. Ing. Ingrid Hermannsdorfer

Ordnung und Sauberkeit – ganz wichtige Themen. Dazu gehören z. B. auch kommunizierte Regeln. Sie unterstützen die soziale Kontrolle. Wenn ich jemandem, der auf dem Spielplatz mit einer Flasche Bier in der Hand sitzt, sagen kann: Du, da vorne hängt ein Schild! Es ist verboten, dass du hier auf dem Spielplatz Alkohol trinkst! –, habe ich bessere Karten, als wenn die Regel nicht kommuniziert wird. Ich brauche gute Ordnungssysteme.

Wir haben hier unterschiedliche Moden von Mülleimern. Es gab auch schon Versuche, in manchen Bereichen die Mülleimer ganz zu entfernen, in der seligen Hoffnung, die Menschen würden ihren Müll dann einpacken und mit nach Hause nehmen. Sie sind kläglich gescheitert, wie man sich denken kann. Manche schaffen es tatsächlich nicht zum Mülleimer, der einen Meter entfernt ist. Aber zumindest müssen wir genügend Abfallbehälter haben, und wir müssen welche haben, die auch dem Rechnung tragen, dass wir eine enorme Menge an Fastfood-Müll haben. Da muss halt auch eine Pizzaschachtel hineinpassen; es nützt nichts, wenn da nur so ein kleiner Schlitz ist. Denn die Pizzaschachtel wird garantiert nicht mit nach Hause getragen oder bis zum nächsten größeren Mülleimer.

Fahrradabstellplätze sind ein großes Thema, darauf komme ich gleich noch gesondert. – Wenn Sie auf das Bild rechts oben schauen– [auf Seite 15; die Red.] –: Wir haben in unserer Stadt eine zunehmende Begeisterung für das, was man „Guerilla-Gardening“ nennt. Dieses Begärtnern der Baumscheiben hat ursprünglich mal als Schutz gegen zu viel Hundekot angefangen. Ordnungs- und Tiefbauämter sind nicht immer völlig begeistert; das ist offiziell nicht erlaubt. Aber diese begärtnerten Baumscheiben in einer Straße sagen ganz deutlich: Hier gucken die Nachbarn, die Anwohner achten auf das, was im Straßenraum passiert. Sie pflegen ihn. Sie engagieren sich, das ist ihnen nicht egal. Das ist in gewisser Weise ein abschreckendes Signal für einen potenziellen Täter.

Vandalismusprävention

Künstlerische Gestaltung, Begrünung, geeignete Materialwahl



Der Polizeipräsident in Berlin | Zentralstelle für Prävention | Städtebauliche Kriminalprävention | Dipl. Ing. Ingrid Hermannsdorfer

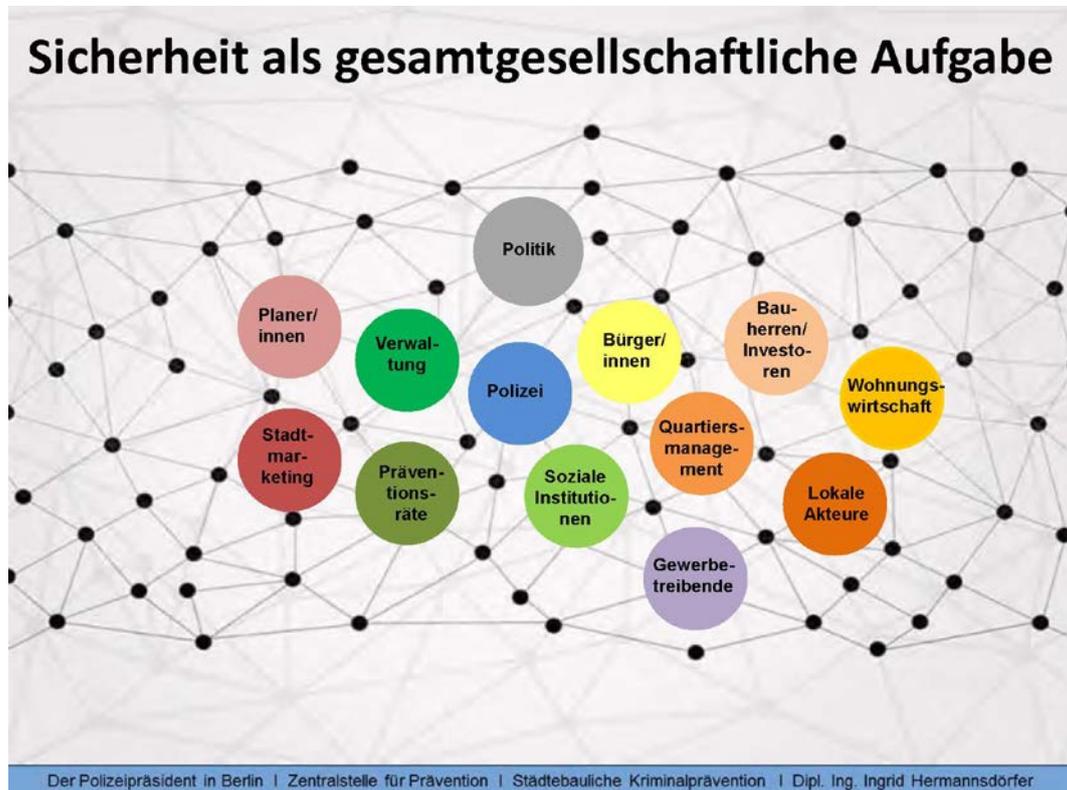
Vandalismusprävention – ein ganz großes Thema. Sie kennen das, Sie sehen das jeden Tag und überall. Ich kann natürlich Fassaden durch Begrünung oder beispielsweise künstlerische Gestaltung schützen. Das zweite Bild von links – [auf Seite 16; die Red.] – ist eine sehr großflächige Fassadengestaltung – sie hat noch viel mehr Teile – in Spandau. Sie existiert schon seit Jahren, ohne dass sie überschmiert worden wäre. Das heißt: Das wird von den Sprayern im Allgemeinen respektiert und kann deshalb gezielt eingesetzt werden. – Was Sie auf dem Bild rechts sehen, kennen Sie alle von den Folien an den Scheiben in der U-Bahn oder von den wildgemusterten Sitzen. Hier geht es um einen Spiegel in einem Fahrstuhl. Das ist auch ein Beispiel aus dem Märkischen Viertel: Nach der Sanierung wurde auf diesen Spiegel das Muster der neuen Tapete sandgestrahlt, und das verhindert jetzt, dass er interessant ist zum Verkratzen. Er funktioniert noch als Spiegel, aber jemand, der darauf herumkratzen will, überlegt sich das schnell anders.



Manchmal helfen auch Humor und Kreativität, um eine Situation zu entschärfen. Ich finde grundsätzlich, dass Humor im Stadtbild nicht unbedingt etwas Schlechtes ist.

Das ist schon mal ein Teil aus dem, womit wir präventiv arbeiten. Man könnte noch viel mehr dazu sagen. Aber ganz wichtig ist, dass städtebauliche Kriminalprävention mitnichten eine Aufgabe der Polizei alleine ist. Sie kann nur in ressortübergreifender Kooperation und Vernetzung funktionieren. Natürlich kann sie auch nur funktionieren, wenn das, was die Polizei in Gremien vorschlägt oder abstimmt, auch tatsächlich umgesetzt wird. Das ist der Punkt, an dem es häufig hapert. Die Polizei ist bereits sehr gut in alle Richtungen vernetzt, sowohl mit

Bürgervertretern, Planungen, sozialen Institutionen, Präventionsräten als auch im Quartiersmanagement. Wir beraten Bauherren, Investoren, Gewerbetreibende. Wir sind natürlich auf der Verwaltungsebene gut vernetzt, und das ist die Grundlage, um in dieser Arbeit erfolgreich sein zu können.



Ich habe hier die Polizei bewusst nur als einen Punkt – das ist natürlich der blaue – von vielen gesetzt. Da tauchen die Gruppen, die ich gerade genannt habe, noch einmal auf: Lokale Akteure spielen eine wichtige Rolle bei dem Schaffen von Sicherheit im Quartier, Gewerbetreibende z. B. Ich habe hier auf der linken Seite unten aber auch einen Punkt, da steht „Stadtmarketing“. Es ist mir wichtig, darauf hinzuweisen: Es kommt sehr stark darauf an, welches Image wir von Berlin verkaufen und verkaufen wollen. Wenn in jedem Reiseführer nachzulesen ist, wo ich welche Drogen am günstigsten und am einfachsten kaufen kann, oder wenn sich weltweit – wie das der Fall ist – das Gerücht ausbreitet, Graffitis seien in Berlin legal, und die festgenommenen Sprayer aus verschiedenen Ländern wundern sich dann sehr, dass es das nicht ist, dann ist das nicht unbedingt ideal. Ich denke, wir sollten das Thema Stadtmarketing auch einbeziehen. Berlin ist de facto eine sehr sichere Stadt, und das können wir auf andere Weise besser unterstützen.

Die polizeiliche Beratung hat sehr viele verschiedene Bereiche. Wir arbeiten inzwischen sehr kleinteilig. Als man 1999 in der Polizeidienstvorschrift verankert hat, dass die Polizei ihre Erfahrungen z. B. bei der Gestaltung von Gebäuden einzubringen hat, hat man sehr stark an große Bauvorhaben wie Einkaufszentren usw. gedacht. Wir arbeiten heute aber sehr, sehr kleinteilig, und zwar stadtweit. Das heißt: In allen sechs Direktionen gibt es Stabsbereiche,

die für dieses Thema mitverantwortlich sind, und es gibt in jedem Abschnitt auch einen Kollegen, der dieses Thema mitbearbeitet. Nun muss man sagen, das ist immer eine Zuggleich-Aufgabe und eben unter diesen Bedingungen teilweise schwierig. Es gibt beim Landeskriminalamt mich und einen Kollegen, einen Polizeihauptkommissar.

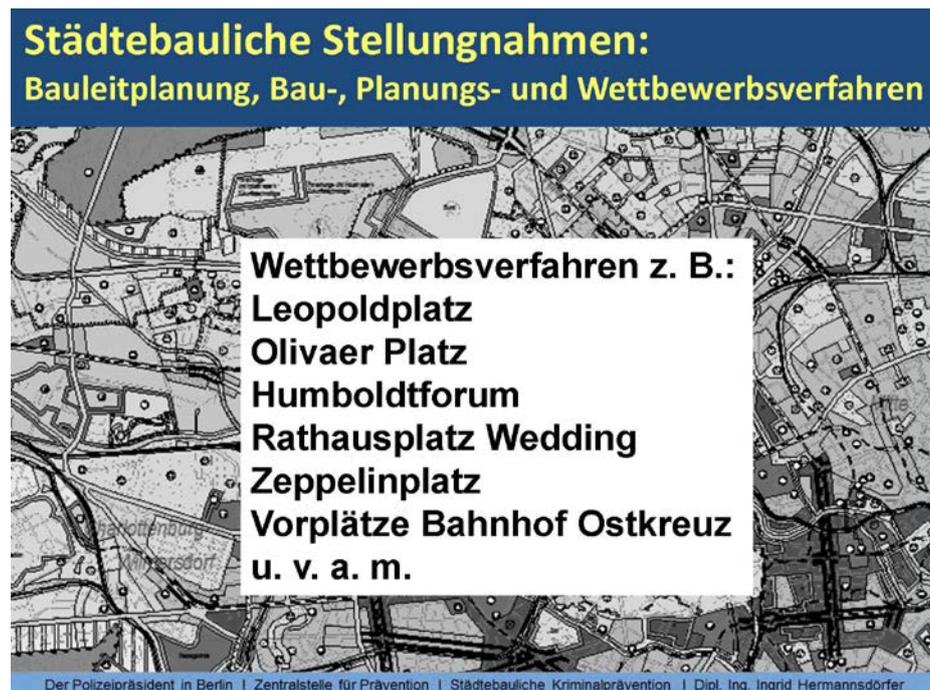


Wie kommen wir als Polizei ins Spiel? – Da gibt es zwei Möglichkeiten, zum einen reaktiv: Das heißt, man fragt unsere Beratung konkret an – Wohnungsbaugesellschaften, Bezirksamter, Bauherren. Oder wir werden in Planungsprozesse und Gremien eingebunden, ohne dass wir dem nachlaufen müssen. Aber wir sind kein Träger öffentlicher Belange – TÖB –. Die Polizei war mal Träger öffentlicher Belange und ist damals aus der Liste der TÖB herausgefallen, als die verkehrlichen Aufgaben auf die Verkehrslenkung Berlin übergegangen sind. Sie hat es noch nicht wieder geschafft, auf die Liste der Träger öffentlicher Belange zu kommen. Das bedeutet, dass wir einen relativ hohen Aufwand an Recherche und Nachhaken haben, um sozusagen immer dabei zu sein, wenn wichtige Planungsvorhaben initiiert werden. Deshalb gibt es in unserer Arbeit einen großen proaktiven Anteil. Wenn wir bestimmte räumliche Konzentrationen von Delikten feststellen, dann sehen wir uns das an. Wir schauen, welche räumlichen Faktoren da eine Rolle spielen, und gehen auf die Zuständigen in der Verwaltung oder auch auf private Haus- oder Gebäudeeigentümer zu. Oder wir erfahren durch unsere eigenen Recherchen von Planungsverfahren, in die wir uns dann proaktiv einbringen.

Jetzt kommen ein paar Beispiele, womit wir uns beschäftigen. Ich kann hier nicht viele Projekte zeigen, an denen wir mitgewirkt haben. Die Liste wäre inzwischen endlos. Stadtweite Themen – ich habe es vorhin angekündigt: sichere Fahrradabstellplätze. Wir haben seit 2011 deutlich steigende Fahrraddiebstahlszahlen, natürlich hauptsächlich da, wo die meisten Fahrräder abgestellt sind, nämlich im Bereich von Bahnhöfen.



Wir sind bereits 2011 auf SenStadtUm mit der dringenden Bitte zugegangen, die verschiedenen Möglichkeiten, die es gibt, sichere Fahrradabstellplätze zu schaffen – von Fahrradboxen über Fahrradparkhäuser bis hin zu Radstationen, die zusätzlich noch Serviceleistungen anbieten –, zu prüfen und als Modellprojekte zu testen und einzuführen. Bis heute hat zwar Bernau ein Fahrradparkhaus, und Potsdam kriegt eins, Berlin hat aber immer noch keins. Wir diskutieren gerade beim Wettbewerb für die Vorplätze am Bahnhof Ostkreuz darüber, ob es nicht endlich möglich ist, dort eins unterzubringen.



Wir geben städtebauliche Stellungnahmen schon auf der Ebene der Bauleitplanung ab – Herr Henkel hat es gesagt –, also zu Bebauungsplänen und zum Flächennutzungsplan. Da geht es erst mal nur um Nutzungen. Aber schon da kann es sinnvoll sein, auf bestimmte Aspekte hinzuweisen. Wir sind natürlich in ganz viele Planungsverfahren eingebunden. Ich habe hier nur mal die letzten Wettbewerbs- und Planungsverfahren aufgelistet: Leopoldplatz, Olivaer Platz, Humboldtforum, Rathausplatz Wedding, Zeppelinplatz. Das aktuellste Verfahren, an dem wir beratend beteiligt sind, sind die Vorplätze Bahnhof Ostkreuz. In den meisten dieser Wettbewerbe – seit 2011 – ist es gelungen, dass wir sicherheitsrelevante Aspekte bereits in die Wettbewerbsauslobung hineinschreiben, sodass sie tatsächlich auch berücksichtigt werden müssen. Wir haben auch schon gegen bestimmte Entwürfe protestiert, bei denen wir ganz klar begründen konnten, warum die aus unserer Sicht nicht besonders sicherheitsförderlich sind.

Gremienarbeit:
Regelmäßige Teilnahme an Runden Tischen, Ämterrunden, Netzwerken, Workshops, Stadtteilkonferenzen...

z. B. Initiative Alexanderplatz, div. Koordinationsrunden zum Görlitzer Park, Runder Tisch Drogen in der U 7, Runder Tisch Olivaer Platz u. v. a. m.

Der Polizeipräsident in Berlin | Zentralstelle für Prävention | Städtebauliche Kriminalprävention | Dipl. Ing. Ingrid Hermannsdorfer

Wir machen unendlich viel Gremienarbeit: Wir nehmen regelmäßig teil an Runden Tischen, Ämterrunden, Netzwerken, Workshops, Stadtteilkonferenzen usw., zum Beispiel in der Initiative Alexanderplatz, in den diversen Koordinationsrunden zum Görlitzer Park, am Runden Tisch „Drogen in der U 7“ – auch ein schwieriges Thema –, am Runden Tisch „Olivaer Platz“ und vielen anderen mehr. Sie müssen sich vorstellen, dass all diese Projekte über einen längeren Zeitraum laufen und, wenn neue dazukommen, sich die Arbeit und die Gremienarbeit entsprechend addieren.

Klassische Prävention: Ich habe mehrfach das Märkische Viertel erwähnt. Ich habe hier zwei Vorher-Nachher-Beispiele. Es ist ein Problem, dass es bislang zu wenige Studien gibt. Wir würden da gerne welche durchführen, das ist aber auch ein personelles Problem: Was ändert sich durch die Maßnahmen im Sicherheitsgefühl, was ändert sich in der Kriminalitätslage?



Sie sehen hier einen Flur im Gebäude, vorher und nachher; der Unterschied ist unschwer zu erkennen. Rechts war ein Eingangsbereich, der für Täter sehr günstig war, um sich zu verstecken und einem aufzulauern – vor allem, wenn man bedenkt, dass die Hausnummernleuchte hauptsächlich vorne saß und der ganze Weg zur Eingangstür dunkel war. Unten sehen Sie eine der vielen unterschiedlichen gestalterischen Lösungen, die die Planer und Architekten finden und gefunden haben, um mit diesem Problem umzugehen, nachdem wir gesagt haben: Also, das muss anders werden!

Wir beraten natürlich auch dann, wenn das Kind quasi schon in den Brunnen gefallen ist. Ich habe hier zwei Bilder aus dem Görlitzer Park – [auf Seite 23; die Red.] –: Der Görlitzer Park hat diese umlaufenden Mauern, und hinter diesen Mauern, direkt in den Eingangsbereichen, haben sich zunächst die Dealer angesiedelt. Das Bezirksamt hat dann – Sie sehen den Vergleich vorher/nachher auf den oberen beiden Bildern – diese Mauersegmente in diesem Eingang entfernt, so dass da niemand mehr stehen und einen verunsichern kann. Viele Leute – Familien mit kleinen Kindern beispielsweise – haben den Park an bestimmten Stellen gar nicht mehr betreten, weil sie sich da beängstigt fühlten. Dieser Versuch, da immer mehr Transparenz zu schaffen, läuft.

Unten ging es einfach darum, dass die räumliche Analyse sehr klar ergeben hat, dass sich der Drogenhandel primär da angesiedelt hat, wo die räumlichen Bedingungen dafür günstig waren. Das Bezirksamt hat jetzt die Hecken heruntergeschnitten, die natürlich auch wieder wachsen werden.

Beratung bei konkreten Problemlagen: z. B. Görlitzer Park



Der Polizeipräsident in Berlin | Zentralstelle für Prävention | Städtebauliche Kriminalprävention | Dipl. Ing. Ingrid Hermannsdorfer

An der Stelle muss ich sagen: Es ist ein Gerücht, dass die Polizei prinzipiell ein Grünvernichter ist und wir immer dafür plädieren: Büsche weg und Hecken runter und am besten auch noch Bäume weg! – Nein! Jede Situation ist individuell unterschiedlich; jede Situation muss für sich betrachtet werden, und an manchen Stellen kann eine hohe Hecke durchaus einen Sinn haben. Solche Fälle haben wir auch.

Konzeptentwicklung machen wir auch – der Alexanderplatz ist von Herrn Lauer schon angesprochen worden. Anfang 2012 ist medienwirksam von ganz unterschiedlichen Leuten das sogenannte Alex-Bündnis unterschrieben worden. Da hat man auch Arbeitsgruppen gegründet, die sich mit bestimmten Themen auseinandersetzen sollten. Ich war Teil der Arbeitsgruppe Orientierung. Nun muss man zum Alexanderplatz gleich sagen: Es ist ein Konglomerat, was unter Alexanderplatz verstanden wird. Das ist nicht nur der eigentliche Platz, das ist auch der Platz vor dem Roten Rathaus, das ist der Platz rund um die S-Bahn südlich vom Fernsehturm usw. In diesem südlichen Bereich wird sich sowieso einiges dadurch ändern, dass die neue U-Bahn gebaut wird, sich da z. B. die Passantenströme verändern werden und die Gestaltung auch verändert wird. Aber nur mal ein kleines Beispiel zum Thema Umsetzung: Es gab einen Vorschlag unserer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe, dass man die Orientierung auf dem Alexanderplatz durch ein mehrsprachiges Leitsystem und Quartierspläne an dominanten Stellen verbessern sollte. Es gab eine Kostenschätzung, die sich auf 14 000 bis 18 000 Euro belief. Das wurde dem Bezirksamt und dem Bezirksbürgermeister mehrfach vorgestellt, aber passiert ist seit 2012 nichts.

Öffentlichkeitsarbeit – dazu gehört auch der Vortrag heute. Information und Sensibilisierung sind wichtige Themen. Wir haben letztes Jahr das Instrument der Präventionsrundgänge in

allen Polizeidirektionen etabliert, wo wir bestimmte Bereiche gemeinsam mit relevanten Akteuren begehen. Das haben wir in diesem Jahr fortgeführt und werden es auch weiter fortführen. Da geht es immer um das Thema Einbruchsschutz und städtebauliche Kriminalprävention, weil das zusammengehört. Die Rückmeldungen zeigen, dass das sehr positiv aufgenommen wird und viele uns sagen: So habe ich die Situation noch nicht betrachtet, mit diesen Augen bin ich noch nicht durch meinen Kiez gegangen.

Seit 2012 erfassen wir systematisch die städtebaulich-kriminalpräventiven Aktivitäten der Polizei stadtweit, und zwar nur die mit externer Beteiligung und nicht, wenn wir intern eine gemeinsame Ortsbegehung machen. Wir hatten 2014 267 Einzelaktivitäten auf der Ebene der Direktionen, davon mehr als die Hälfte, nämlich 154, proaktiv initiiert. Und wir hatten 152 Einzelaktivitäten mit externer Beteiligung beim Landeskriminalamt, davon 111 neue Kooperationen, die alle auch noch weiterlaufen.

Unsere Beratung ist kostenlos. Aber die Umsetzung der Maßnahmen erfordert personelle und finanzielle Ressourcen, und das ist der Knackpunkt. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Frau Hermannsdörfer! – Ich sehe, dass es wirklich wichtig ist, dass wir vor den Haushaltsberatungen zu diesem Thema kommen. Ich würde ganz gern die Powerpoint-Präsentation zu Protokoll bekommen. – Dies ist zugesagt. – Schönen Dank! – Nun hat Herr Lauer hat das Wort.

Christopher Lauer (PIRATEN): Eine Frage vorab: Wäre es möglich, ein Wortprotokoll anzufertigen, damit das hier auch der Nachwelt erhalten bleibt?

Vorsitzender Peter Trapp: Ich glaube, theoretisch müsste das rückwirkend möglich sein. Wir beschließen dann – weil ich keine Gegenstimme sehe – ein Wortprotokoll zu führen. – Bitte!

Christopher Lauer (PIRATEN): Vielen lieben Dank! – Danke, Frau Hermannsdörfer, für den Vortrag! Ich finde das Thema und auch den Vortrag deswegen so interessant, weil es meiner Meinung nach ein etwas anderer Blick auf Kriminalität und Kriminalitätsentwicklung generell ist, aber vor allen Dingen natürlich, weil wir uns um Berlin kümmern müssen. Wir reden hier immer dann darüber, wenn – wie Frau Hermannsdörfer es schon genannt hat –, das Kind in den Brunnen gefallen ist. Wie oft haben wir in den letzten Jahren hier über den Görliitzer Park, über den Alexanderplatz und andere Bereiche in der Stadt geredet, wo jeder von uns wahrscheinlich noch drei Beispiele bringen könnte! Gleichzeitig ist meiner Meinung nach das Beispiel von Frau Hermannsdörfer – dass man hier eine Lösung vorschlägt, die den Bezirk 14 000 Euro kosten würde, aber zu mehr Orientierung und einem besseren, möglicherweise latenten Sicherheitsgefühl bei den Menschen im Bezirk führen würde, die dann aber nicht umgesetzt wird – ein Skandal, weil da die Zusammenarbeit von Polizei, Land und Bezirk an dieser Stelle nicht zu funktionieren scheint. Ich denke, es ist ganz klar geworden, dass sich im Grunde genommen jeder Euro, den man für die städtebauliche Kriminalprävention ausgibt, doppelt und dreifach auszahlt. Wie man an den Beispielen sieht, die Frau Hermannsdörfer gebracht hat: Ein Drittel Diebstahl bzw. Verschmutzung in einem ordentlichen Setting und zwei Drittel in einem unordentlichen Setting – so viele Polizistinnen und Polizisten können wir gar nicht einstellen, um diesen Effekt mit Kontrolldruck zu erreichen.

Wenn wir jetzt hören, dass es nur zwei Leute beim LKA für die städtebauliche Kriminalprävention gibt und auf den Abschnitten jeweils eine Person, die wahrscheinlich noch reichlich andere Sachen machen muss, sodass Prävention übrig bleibt – Wer kümmert sich um Prävention? Mach du Prävention! –, man aber nicht dazu kommt, weil man 10 bis 15 Prozent Urlaub und Krankenstand hat, dann sollten wir im Hinblick auf den nächsten Haushalt wirklich die Mittel aufstocken. An der Stelle würde mich interessieren, ob der Senat gedenkt, sich dafür einzusetzen, denn das ist das Problem: Wir haben hier eine große Einigkeit; in dieser Diskussion wird niemand sagen: Städtebauliche Kriminalprävention sollten wir nicht machen! Bitte alle Glühbirnen aus! Mehr Kriminalität ist super! –, und es wäre schade, wenn Frau Hermannsdörfer hier vorträgt, was die Probleme ihrer täglichen Arbeit sind, wir uns dann einig sind, aber am Ende des Tages nichts passiert. Denn so was kommt von so was. Dann sagen wir nämlich wieder: Das sind unübersichtliche Räume; da brauchen wir mehr Kameraüberwachung.

Das ist interessant, weil es eine politische Diskussion ist. Die Frage ist, ob wir einen öffentlichen Raum so gestalten, dass die Nutzerinnen und Nutzer des öffentlichen Raums das Gefühl haben, hier sei kriminelles Verhalten nicht angebracht, oder ob wir einfach Kameras aufhängen und sagen: Dann haben wir wenigstens schöne Fotos, und die Kameras halten Leute davon ab! – Frau Hermannsdörfer schüttelt gerade mit dem Kopf. Vielleicht können Sie die Frage noch beantworten. Vielleicht sagen Sie noch etwas über Kameraüberwachung, die ich nicht so toll finde, aber das muss ich dann ertragen. – Mir geht es nur darum, dass wir uns viele Diskussionen über die in den Brunnen gefallenen Kinder sparen könnten, wenn wir als Politik in dieser Stadt diesem Thema, das Frau Hermannsdörfer gerade vorgestellt hat, mehr Aufmerksamkeit – auch mehr finanzielle Aufmerksamkeit – schenken würden. Dann würden wir wahrscheinlich über viele Sachen, über die wir hier immer sprechen, nicht mehr so häufig sprechen.

Ansonsten möchte ich mich noch mal für den Vortrag bedanken und hätte gern eine klare Aussage vom Senator. Sie werden hoffentlich mit Herrn Kollatz-Ahnen oder im Senat darüber diskutieren, und dann sagen Sie: Wir wollen aber noch – weiß ich nicht – zehn neue Leute für die städtebauliche Kriminalprävention einstellen, die kosten uns so und so viel. – Was werden Sie tun?

Vorsitzender Peter Trapp: Vielen Dank, Herr Lauer! – Herr Zimmermann!

Frank Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Wir haben zwei Motive gehabt, warum auch wir neben den Piraten dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt haben – durchaus auch in dieser Ausführlichkeit und mit diesem Input, für den wir uns sehr bedanken. Motiv 1: Sehr oft werden die Täter betrachtet, also die Täterhintergründe, die Persönlichkeitsstruktur, die Psychologie. Das ist alles wichtig, und da muss man auch zwischen verschiedenen Tätertypen sehr differenzieren. Uns kam es darauf an, mal die andere Seite zu betrachten, die Seite der Tatgelegenheiten, die Frage: Unter welchen Bedingungen wird jemand Opfer? Oder welche Bedingungen erleichtern es – in Anführungszeichen –, dass eine Tat begangen wird, oder ermutigen geradezu dazu? – Die Wissenschaftler unterscheiden zwischen der ätiologischen und viktimologischen Betrachtung. Wir müssen jetzt nicht allzu wissenschaftlich werden, aber es kam uns darauf an, die Seite der Tatgelegenheiten genauer zu beleuchten, und da gibt es eine Menge Ansatzpunkte, wie wir gehört haben.

Das zweite Motiv ist natürlich, dass wir uns vor den Haushaltsberatungen befinden, und das Thema personelle Ressourcen / Mittel für Kriminalprävention ist auch für uns bedeutsam. Es hat mehrere Aspekte – nicht alles finanzielle, aber eben auch finanzielle. Deswegen ist es wichtig, wenn wir uns im Innenausschuss diesen Fragen ausführlich widmen und ein Signal an Haushälter und andere geben, wo wir aus Innensicht Prioritäten setzen, wo etwas zur Vermeidung von Kriminalität und zum Schutz der Bevölkerung getan werden kann. Wir haben hier ein paar Hinweise bekommen, das will ich nicht wiederholen. Die Übersichtlichkeit, die Einsehbarkeit, die Helligkeit, den Tataufwand gering halten, Nutzungskonflikte eindämmen und natürlich „Broken Windows“ vermeiden – das ist alles ganz klar, das muss nach Kräften gemacht werden.

Ich will ein paar andere Stichworte aufwerfen. Es geht auch um die Haltung von Leuten. Wenn wir hier hören – das haben Sie angedeutet –, dass es auch für Leute von außerhalb Berlins interessant ist, zum Görli zu gehen, um verschiedene Dinge zu beobachten, weil es irgendwie spannend ist oder Spektakel gibt oder sonst etwas, dann schafft die Haltung der Leute ein Problem, das man sonst vielleicht gar nicht so dramatisch hat.

Es ist auch eine Frage der Aufenthaltsqualität der Plätze und wie diese gestaltet sind. Ich möchte mal die Frage in den Raum werfen, ob wir in Deutschland in der Lage sind, Plätze mit hinreichender Aufenthaltsqualität zu konzipieren. Ich kenne genügend Plätze in der Stadt, die von vornherein so gestaltet sind, dass sie nicht dazu einladen, sich dort aufzuhalten, anders als in Italien oder anderen Ländern. Ich stelle als etwas provokante Frage mal in den Raum, ob wir wirklich städteplanerisch, von der städtebaulichen Figur her, dazu in der Lage sind, Plätze mit Aufenthaltsqualität zu schaffen. Oftmals habe ich da Zweifel.

Die Frage der sozialen Kontrolle, die Sie in Ihrem Vortrag nennen, ist eine zentrale. Auch wir sind dafür, dass deutlich wird, dass bestimmte Regeln eingehalten werden und dass auch Leute in der Nachbarschaft darauf achten, wie es in ihrem Kiez oder wie ein Platz aussieht. Nur wird man es am Alexanderplatz vermutlich schwer herstellen können, dass die Anlieger dort darauf achten, wie es auf dem Platz aussieht. Das ist schon ein dermaßen öffentlich geprägter Raum, dass dort die Öffentlichkeit gefragt ist. Das Thema Regeln / soziale Kontrolle ist ein wichtiges, ohne dass man es übertreiben darf. Es trägt sicherlich dazu bei, die Sicherheit mindestens subjektiv zu erhöhen, vielleicht auch objektiv.

Eine letzte Anmerkung zu Konsequenzen, die auch wir ziehen können: Wir haben in dem sensiblen Bereich des öffentlichen Nahverkehrs in den letzten Jahren gehandelt. Man muss sagen: Auch der Nahverkehr ist sicher. Die Gefahr, in Berlin Opfer einer Gewalttat zu werden, ist statistisch sehr, sehr gering. Trotzdem gibt es ein erhöhtes Sicherheitsbedürfnis gerade im öffentlichen Nahverkehr und auch eine große Akzeptanz in der Bevölkerung, dass wir dort z. B. Videoüberwachung machen. Das haben wir schrittweise ausgebaut; das war auch richtig zur beweissicheren Feststellung von Straftaten. – Inwieweit das eine Generalprävention hat, darüber kann man immer streiten. – Wir meinen aber darüber hinaus, dass diese Videoüberwachung nicht ausreicht. Wir wissen, dass es eine hohe Erwartung in der Bevölkerung gibt, an solchen Orten, z. B. an Bahnhöfen, die Sicherheit durch Personal zu erhöhen. Wir halten es für dringend geboten, in Zukunft mehr zu tun, was personelle Präsenz an Bahnhöfen und solchen Stellen betrifft. Da müssen die BVG und die S-Bahn mit im Boot sein, und da muss man überlegen, an welchen Punkten man die Präsenz an gefahrgeneigten Stellen erhöht. Das wer-

den wir ganz sicher in die Haushaltsberatungen einbringen. Denn allein Video reicht nicht. Das wird ein wichtiges Thema sein. – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Jetzt hat Herr Dr. Juhnke das Wort.

Dr. Robbin Juhnke (CDU): Vielen Dank! – Dieser Vortrag – für den ich mich sehr bedanke, weil ich ihn sehr instruktiv und spannend fand – hat vor allem gezeigt, dass auch hier eigentlich Psychologie im Vordergrund steht. Schon Ludwig Erhard hat gesagt: Die Hälfte der Wirtschaftswissenschaft ist Psychologie. Dass das hier bei einer Diplom-Ingenieurin und dem Thema Architektur offensichtlich auch so ist, war ganz spannend. Ich glaube, hier haben wir ein Musterbeispiel für Präventionsbemühungen. Viele Dinge liegen eigentlich klar auf der Hand. Wenn Sie zeigen, wie die Hauseingänge oder andere Dinge sind, dann ist das, glaube ich, für jeden auf den ersten Blick völlig nachvollziehbar. Da reden wir über kleinteilige Sachen. Sie sagen auch, vieles sei kleinteilig. Der Alexanderplatz ist sicherlich kein gutes Beispiel, weil wir ihn unter einem Namen benennen. In Wirklichkeit ist das eine Stadtlandschaft, die vom eigentlichen Alexanderplatz bis zur Spree geht, und da kann man nicht meinen, den befriedet man, indem man zwei Hecken wegschneidet oder andere Dinge macht.

Ich will auch nicht auf die Frage eingehen, was Italien anders als Deutschland macht. Ich glaube, die hatten das Glück, dass ihre Plätze im Zweiten Weltkrieg weitgehend verschont wurden und wir vielleicht in den 70er Jahren oder so bestimmte architektonische Moden hatten, die dazu führten, dass manche Plätze eine Aufenthaltsqualität haben, die nicht unbedingt diesen subjektiven Sicherheitsbedürfnissen Vorschub leistet. Aber das nur am Rande; das ist gar nicht das Thema.

Herr Lauer hat das Thema Kameras aufgebracht. Da freue ich mich immer wieder, sagen zu dürfen: Kameras sind für mich auch kein Allheilmittel. Das war noch nie ein Fetisch. Das sind auch keine Mittel, um Personal einzusparen oder um alle glücklich zu machen, sondern sie sind da nötig, wo sie nötig sind. Wenn man das in einer anderen Weise beheben kann, bin ich der Letzte, der sich diesen Dingen verschließen wird. Wenn man also mit solchen simplen Mitteln wie denen, die hier dargestellt wurden, dazu beitragen kann, dann ist das sehr erfreulich, und man muss sich dann auch gar nicht dieser technischen Mittel bedienen. Gleichzeitig zeigt es aber auch, dass viele Dinge, die hier immer als Kavaliersdelikt oder als zu einem urbanen Stadtraum gehörend diskutiert werden, wie z. B. diese widerlichen Schmierereien, die überall eine Rolle spielen oder die man praktisch in der gesamten Stadt bis zu einer gewissen Größe von zwei Metern, wo die Leute vielleicht noch rankommen, sehen kann, eine Veranstaltung sind, die nicht nur unästhetisch ist, sondern solche Folgen hat. Dass man darüber so diskutiert, ist, glaube ich, auch mal notwendig und bringt die Dinge auf den Boden der Tatsachen.

Meine Fragen in diesem Zusammenhang: Wer beschäftigt sich neben Ihnen damit? Müssen Sie ganz allein die gesamten Räte und Runden bestreiten? Wie beurteilen Sie, was in es den anderen Ländern in dem Zusammenhang gibt? – Ich gebe zu, das geht jetzt teilweise mehr um die Frage des Schutzes vor Einbrüchen oder andere Dinge. Da gibt es Initiativen. In Großbritannien gibt es „Secured by Design“. Da gibt die Polizei Hinweise, welche Fabrikate besonders sinnvoll sind oder besonders einbruchhemmend. Das ist sicherlich sehr schwierig vor dem Hintergrund des deutschen Rechts, wo wir als Staat nicht sagen können: Kauf den Türschließzylinder der Firma A.! – Aber kann man solche Dinge eventuell im Grundsatz übertra-

gen? Auch in den Niederlanden gibt es ein System „Sicheres Wohnen“, wo bestimmte Prädikate ausgestellt werden. Da geht es über den Einbruchschutz hinaus auch um Dinge wie Verbesserung der Brandsicherheit, Sicherheit der näheren Umgebung, Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls und andere Dinge. Das geht schon in den Bereich der Dinge, die Sie bearbeiten. Sind das Vorbilder für Deutschland? Wenn es so ist: Welche Veränderungen wären bei uns nötig, damit wir so etwas initiieren könnten?

Dann habe ich entnommen, dass Sie eigentlich kein tatsächliches Mitspracherecht haben. Sie sind dabei, wenn Sie gerufen werden, Sie sind dabei, wenn Sie selber feststellen, dass dort etwas im Argen liegt. Aber sind nicht wirklich ein Akteur, der zwangsläufig einzubeziehen ist. Sie haben davon geredet, dass Sie als Träger öffentlicher Belange nicht mehr dabei sind. Frage: Wäre das sinnvoll und wünschenswert in der vollen Bandbreite? Das würde auch mit sich führen, dass man bei jeder Maßnahme an Sie heranträte und Sie mit entsprechenden Anliegen schon von Amts wegen zudonnern würde, aber vielleicht feststellt, dass es in 80 Prozent der Fälle vielleicht gar nicht so notwendig ist. Da muss man abwägen: Ist es hilfreich, wenn man diesen Zustand eventuell wieder herstellt?

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Dr. Juhnke! – Dann hat Herr Taş jetzt das Wort.

Hakan Taş (LINKE): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Herzlichen Dank für die Präsentation, Frau Hermannsdörfer, auch von mir! – Zwei Punkte sind mir besonders wichtig. Erstens: Öffentliche Sicherheit muss sich zu allererst am Schutz der Bürgerinnen und Bürger und an deren Rechten orientieren. Zweitens: Eine gute Sozialpolitik ist die beste Kriminalprävention, und davon sind wir in Berlin weit entfernt.

Nutzungsmöglichkeiten gestatten Menschen, sich an Entscheidungen zu beteiligen – das haben Sie gesagt. Können sich dann alle Menschen, die in einem Kiez wohnen, am Ende an Entscheidungen beteiligen? Welche Erfahrungen haben Sie in diesem Bereich? Welche Pläne gibt es aktuell in Bezug auf die bevorstehenden Haushaltsverhandlungen?

Eine letzte Anmerkung: Es scheint bei der Umsetzung, besonders was die Kooperation mit den Bezirken betrifft, nach wie vor Probleme zu geben. Sie haben ein Beispiel gegeben, den Alexanderplatz. Soweit ich informiert bin, ist Herr Spallek der dafür zuständige Stadtrat. Er ist für den Alexanderplatz und somit auch für die Umsetzung zuständig. Welche konkreten Probleme gibt es dort, und weshalb werden solche Pläne dort nicht umgesetzt?

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Bitte, Herr Lux!

Benedikt Lux (GRÜNE): Erst mal vielen Dank an Sie, Frau Hermannsdörfer, für diese konzeptionelle Darstellung der Möglichkeiten, die Sie haben, städtebauliche Prävention mitzuleisten! Ich glaube auch, das sollte man tun, vor allen Dingen dort, wo man mit wenig Aufwand – sprich: zu Beginn der Planungen – früh viel tun kann und Prioritäten setzen muss. Sie sind nun erst einmal da – und das haben Sie dankbarerweise sehr eindrucksvoll gemacht –, die Möglichkeiten aufzuzeigen. Aber natürlich gibt es Maßnahmen, die weniger aufwendig und sofort durchzusetzen sind und einen höheren Effekt haben. Ich fand das beim Fahrraddiebstahl sehr eindrucksvoll. Da sind viele andere Städte schon deutlich weiter als Berlin, das muss man sagen.

Ich bin auch dem Kollegen Juhnke sehr dankbar, der letztendlich gesagt hat, in den 70er Jahren – – Ich führe es einmal aus: Die autogerechte Stadt, aber auch Phasen des Brutalismus der Westmoderne haben dazu geführt, dass ein paar Plätze bei uns keine Aufenthaltsqualität haben oder man sich dort nur sehr ungern aufhält, auch bei den entsprechenden Bauten – wir Steglitz-Zehlendorfer wissen, wovon wir reden.

Ich fand auch den Ansatz interessant – leider haben Sie es erst sehr spät gesagt, Frau Hermannsdörfer –, der Verwahrlosung mit Humor und Kreativität zu begegnen. Das finde ich persönlich einen schöneren Ansatz, als die Broken-Windows-Theorie zu 100 Prozent zu verfolgen. Das Ziel einer geleckten Stadt, wo alles klar einsehbar, quadratisch, praktisch, gut ist und die soziale Kontrolle von hier bis zu einem Kilometer Sichtweite funktioniert – so eine Stadt will ich nicht. In so einer Stadt will ich nicht leben, auch nicht mit oder ohne Videoüberwachung, völlig egal! Ich glaube, Berlin hat auch gerade deshalb einen Reiz, weil es hier spannende Ecken gibt. Deswegen glaube ich, dass wir im Einzelfall schauen und als Politiker sagen müssen: Der Ansatz ist sinnvoll; sicherlich auch weiterzuverfolgen. – Aber bei der Prioritätensetzung müssen wir dann sehr kleinteilig schauen, wo es vor Ort effektiv ist, bestimmte Maßnahmen zu ergreifen. Beim Alexanderplatz und beim Görlitzer Park sieht man es: Die meisten Berlinerinnen und Berliner erleben den Alexanderplatz oder auch den Görlitzer Park nicht so wie wir im Innenausschuss. Da vergehen auch Tage oder Monate, ohne dass es da zu besonderer Aufregung kommt. Insofern sollte man das besonnen sehen. – Trotzdem noch mal vielen Dank an Sie, Frau Hermannsdörfer, und auch an die anmeldenden Fraktionen für diese Besprechung hier! Wir schauen dann mal, was in Richtung Haushaltsberatungen da herauskommt.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Wenn es jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, dann beginnt der Herr Senator. – Bitte schön!

Bürgermeister Frank Henkel (SenInnSport): Vielen herzlichen Dank, Frau Hermannsdörfer! Ich glaube, es ist Ihnen gelungen – das war jetzt auch noch mal eine Zusammenfassung in der Fragerunde –, deutlich zu machen, dass eine gute Instandhaltung von Gebäuden und öffentlichen Räumen eine wesentliche Grundlage für das ist, was man subjektiv oder objektiv als Sicherheit empfindet, und dass das auch für eine soziale Stabilität in einem Quartier wichtig ist. Ich glaube, auch der Verweis, dass der Polizeipräsident seit der Angliederung der Verkehrslenkung an die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung nicht mehr Träger öffentlicher Belange ist, war sehr hilfreich, um klarzumachen, in welchem Gefüge wir uns befinden.

Prävention ist eine gesellschaftliche Aufgabe, das ist deutlich geworden. Für Berlin ist die städtebauliche Kriminalprävention ein wichtiger Bestandteil der Kriminalitätsvorbeugung. Ich glaube, man kann mit gutem Gewissen auch sagen, Frau Hermannsdörfer, dass wir bundesweit Vorreiter sind, indem wir Sie uns leisten – im besten Sinne des Wortes. Es gibt eine Situation im LKA in Niedersachsen, wo sich jemand um Forschung in diesem Bereich kümmert und andere um den Bereich Einbruch. Aber so, wie wir es hier verstehen, sind wir bundesweit Vorreiter, und das macht auch deutlich, wie wichtig wir dieses Thema letztlich nehmen.

Herr Lauer hat gefragt, wie es mit dem Haushalt aussieht. Wir werden uns nach der Sommerpause hier im Ausschuss zweimal mit dem Einzelplan 05 beschäftigen. Mein Chefgespräch mit dem Kollegen Kollatz-Ahnen hatte ich schon. Sie werden sicher vermuten, dass wir er-

hebliche Personalverstärkungen im Bereich der Polizei angemeldet haben. Die brauchen wir auch, um im gesamten Bereich entsprechend Verstärkungen vorzunehmen. Dabei ist sicherlich auch darauf zu achten, wie wir im Rahmen von Prioritätensetzungen einzelne Bereiche stärken – unter anderem eben auch beim LKA. Ich finde, die Tatsache, dass es Frau Hermannsdörfer und ihr, wenn auch kleines, Team gibt, macht deutlich, wie wichtig es uns ist. Es ist auch ein Weg, den ich jedenfalls weiter beschreiten will. Es gilt auch, ihn in Konsequenz weiter zu gehen, weil ich absolut von der Wirkung dessen, was hier vorgestellt wurde, überzeugt bin. Deshalb gilt es auch, diese städtebauliche Kriminalprävention im LKA weiter zu unterstützen und natürlich auch zu stärken.

Vorsitzender Peter Trapp: Vielen Dank! – Für die weitere Beantwortung der Fragen Frau Hermannsdörfer! – Bitte, Sie haben das Wort!

Ingrid Hermannsdörfer (LKA – Städtebauliche Kriminalprävention): Ich fange bei Herrn Lauer an, der erwähnt hat, dass sich die Investition lohnt: Das muss man tatsächlich ein bisschen weitertragen, denn wir haben ganz oft die Situation, dass Grünflächen mit der Begründung, man habe nicht die finanziellen Ressourcen, über zehn Jahre nicht wirklich gepflegt werden, und nach zehn Jahren sind sie an einem Punkt, wo sie komplett erneuert werden. Wenn man dann die Kosten umlegt, stellt man im Allgemeinen fest, dass eine Instandhaltung über die Jahre preiswerter gewesen wäre und aus Sicherheitsaspekten natürlich auch günstiger.

Kameraüberwachung war angesprochen worden: Das ist ein Thema für sich. Wir betrachten das mit. Wir haben das in Bahnhöfen. Allerdings muss man dazu sagen, dass es in Bahnhöfen viele Bereiche gibt, die von den Kameras nicht eingesehen werden können. Wenn Sie die U-Bahn nehmen – dort haben Sie eigentlich immer Stützen. Dann haben Sie – und das ist auch etwas, wogegen wir beratend vorzugehen versuchen – eine Unübersichtlichkeit, indem da alle möglichen Automaten, Werbetafeln und andere Elemente noch dazwischengestellt werden. Da gibt es innovative Konzepte, auch aus anderen Ländern – es ist ja auch angesprochen worden, wie wir von anderen etwas übernehmen können –, etwa die sogenannte blaue Zone. Das sind Bereiche auf Bahnhöfen, die speziell markiert sind und bei denen man sicher ist, dass sie überwacht werden. Leute, die sich unsicher fühlen, können sich genau im Bereich dieser Markierung aufhalten und wissen, dass sie sozusagen unter Beobachtung sind, wenn ihnen das für die Sicherheit hilft.

Sie haben es auch schon angesprochen, Sie erinnern sich an die diversen Vorfälle im öffentlichen Personennahverkehr: Videoüberwachung hält nicht unbedingt Täter ab, vor allem nicht Täter, die z. B. zu Spontangewaltexzessen unter Alkoholeinfluss neigen. Sie hilft uns im Wesentlichen bei der Aufklärung der Taten: Die Aufklärung des Tötungsdelikts neulich im Bereich des S-Bahnhofs Wuhletal ist hauptsächlich mit Hilfe der Videoüberwachung geklärt worden. – Es gibt eine interessante Studie, die die TU mit anderen Partnern in London gemacht hat. Sie haben Videoüberwachung versus Personaleinsatz im Verkehrsbereich untersucht. Das Ergebnis war eindeutig: Der Einsatz von Personal hatte gegenüber dem Einsatz von Videoüberwachungsanlagen eine bessere und längerfristige Wirkung auf das Verhalten. Sie wissen ja: In Großbritannien ist Videoüberwachung sehr viel weiter ausgebaut als bei uns. – Es gibt immer Bereiche, wo wir auch empfehlen, sie gezielt einzusetzen. Aber sie ist kein totaler Garant gegen Kriminalität.

Dann ging es um die Aufenthaltsqualität. Wenn Sie sich z. B. die Neugestaltung der Tauentzienstraße anschauen, da möchte ich sagen: Das hätte man anders machen können. Das hätten wir auch anders empfohlen. Gerade im Bereich des Bahnhofs Wittenbergplatz hätten wir von solchen Hochbeeten, die sich wunderbar auch zum Drogenbunkern eignen, total abgeraten. Dann sind diese Betonmauern auch noch schräg. Gerade die Menschen – wie Ältere –, die sich vielleicht mal ein bisschen ausruhen möchten, da sitzen und ihre Umgebung aufmerksam beobachten würden, können da gar nicht unterkommen. Das ist ein Negativbeispiel für mich.

Es gibt aber auch positive Beispiele, und zwar immer dann, wenn unterschiedliche Nutzergruppen berücksichtigt werden. Sie haben das z. B. auf dem Leopoldplatz: Mit der Neugestaltung ist erreicht worden, dass da sehr viele Gruppen angesprochen werden. Darüber hinaus ist auch noch erreicht worden, dass man schwierig ansprechbare Gruppen wie das ortsansässige Trinkermilieu eingebunden und dadurch erreicht hat, dass sie sich für den Platz, den sie jetzt haben, sogar so verantwortlich fühlen, dass sie sich Kehrwerkzeug haben geben lassen und ihn selber mit sauber halten. Darauf muss es hinauslaufen.

Dann war das Stichwort: Wir arbeiten sehr kleinteilig. – Ja, aber ich finde, ein Thema ist wichtig: Es werden jetzt viele neue Wohnungen gebaut. Überall werden Gebiete für Wohnungsneubau ausgewiesen, und man muss natürlich bereits bei der Anlage von Siedlungen und bei Überlegungen, welche Wohnungsgrößen man mischt und ob man Wohnen und Gewerbe mischt, kriminalpräventiv denken. Dazu der Ansatz: Wenn ich Wohnungen und Gewerbe gemischt habe, aber auch, wenn ich unterschiedliche Wohnungsgrößen innerhalb von einem Gebäude mische, ist das wichtig, weil das bedeutet, dass ich da vom Single bis zur größeren Familie alles Mögliche an Mietern oder an Eigentümern habe. Die haben unterschiedliche Lebensrhythmen, und deshalb gewährleistet so eine Mischung beispielsweise sehr viel stärker und besser, dass zu jeder Tages- und Nachtzeit jemand im Haus ist. Wachsame Nachbarn sind immer noch ein sehr guter Einbruchsschutz.

Wer ist bei der Polizei beteiligt? – Beim Landeskriminalamt in der Zentralstelle für Prävention sind das tatsächlich nur ich und ein Kollege. Das ist in der Tat ein bisschen wenig. Wir haben allerdings in den sechs Direktionen Stabsbereiche, in jeder Direktion einen Stabsbereich, wie ich vorhin schon sagte, der dafür zuständig ist, und auch die Kollegen in den Abschnitten. Sie haben recht: Je nachdem, was sie sonst zu tun haben – beispielsweise als Präventionsbeauftragte in den Schulen usw. –, ist es sehr schwierig, dieses Thema unterzubringen. Da wäre Unterstützung durchaus wichtig.

Wir haben da eine bestimmte Arbeitsteilung: Das LKA ist beispielsweise für stadtweite Maßnahmen und für Orte mit stadtweiter Bedeutung zuständig und natürlich auch für die Strategieentwicklung, die Öffentlichkeitsarbeit usw. Aber wir beraten auch intern, wir beraten auch die Kollegen, die uns anrufen und sagen: Wir haben da so eine Lage, kommt ihr mal bitte mit? – Wir machen dann eine Ortsbegehung und gucken uns das gemeinsam an. Wir stimmen uns auch intern ab.

Träger öffentlicher Belange: Ja! – Beteiligung: Können sich alle beteiligen? – Es ist natürlich richtig, dass mitunter nicht die aus meiner Sicht richtigen Mittel der Information und Beteiligung gefunden werden. Wenn es z. B. um die verkehrliche und die Platzumgestaltung des Kottbusser Tors geht, da habe ich in der Öffentlichkeitssitzung festgestellt, dass die Sprache nicht angemessen war. Wenn ich da die Kreuzberger Bevölkerung sitzen habe – viele Men-

schen auch mit Migrationshintergrund – und rede dann von „Lichtsignalanlage“ oder „Lichtzeichenanlage“, dann ist es für sie sehr schwierig zu verstehen, worum es eigentlich geht. Natürlich müssen wir auch versuchen, Einladungen zu solchen Veranstaltungen mit einer gewissen Mehrsprachigkeit auszustatten. Wir sind eine multikulturelle Stadt. Dann können sich meines Erachtens auch alle beteiligen.

Zum Thema: Warum geht es am Alex nicht weiter? – Es ist einfach so, dass das Thema innerhalb des Bezirksamts etwas hin- und hergeschoben wird. Unsere Möglichkeiten, da Einfluss zu nehmen, sind beschränkt. Wir haben keinen Einfluss darauf, was ein Bezirk, was der Senat, was SenStadtUm letztlich umsetzen.

Vorsitzender Peter Trapp: Ich bedanke mich ganz herzlich für die Beantwortung! – Dann vertagen wir diesen Tagesordnungspunkt, weil wir ein Wortprotokoll bekommen. Vielleicht können wir aus diesem Wortprotokoll noch den einen oder anderen Antrag hervorzaubern.

Punkt 10 der Tagesordnung – vorgezogen –

Verschiedenes

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 17/2182
**Mehr Sicherheit durch den gezielten Einsatz von
Blitzern an Unfallschwerpunkten**

[0226](#)
InnSichO
BauVerk(f)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur
Richterbesoldung – gibt es Handlungsbedarf
(Beamtenbesoldung) für Berlin?**
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

[0228](#)
InnSichO

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Polizeiliche Kriminalstatistik 2014(auf Antrag aller
Fraktionen)

[0217](#)
InnSichO

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Jahresbericht 2014 der Berliner Feuerwehr
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der
CDU)

[0229](#)
InnSichO

Vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 17/1778
**Berlin gegen Waffen I: Intensive Waffenkontrolle
ermöglichen – Einführung einer
Waffenkontrollgebühr**
- b) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 17/1779
**Berlin gegen Waffen II: Gemeinsame Aufbewahrung
von Munition und Waffen untersagen**
- c) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 17/1780
**Berlin gegen Waffen III: Erneute Amnestie für die
Abgabe illegaler Waffen – auch anonyme Abgabe
ermöglichen**

[0177](#)
InnSichO

[0178](#)
InnSichO

[0179](#)
InnSichO

Vertagt.

Punkt 8 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU
Drucksache 17/2018
**Attraktivität der Freiwilligen Feuerwehr Berlin
erhöhen – Ehrenamtliches Engagement stärker
würdigen II**

[0203](#)
InnSichO(f)
BürgEn*

Vertagt.

Punkt 9 der Tagesordnung

Besondere Vorkommnisse

Vertagt.
